Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Halver, Dienstag, 23. März 1954

Nr. 69

Ratifizierung vollendete Tatsache

Heuß will Verträge unterzeichnen

Alliierte wünschen Vorbehaltsklausel, wonach Wehrverfassung erst mit Inkrafttreten der EVG wirksam wird

wl. Bonn, 22. März

Bundespräsident Prof. Heuß wird, wie Montag in Bonn verlautete, wahrscheinlich noch in dieser Woche die Ratifizierungsurkunden über den EVG- und den Deutschlandvertrag unterzeichnen und die Hinterlegung der Urkunden beim Außenministerium in Paris anordnen. Damit wird die Ratifizierung der beiden Verträge für die Bundesrepublik vollendete Tatsache sein.

Die alliierte Hohe Kommission trat am Montag zu einer neuen Sitzung über die Streitfrage des Wehrverfassungsgesetzes zusammen, ohne einen endgültigen Beschluß zu fassen. Wie verlautet, sollen die Hohen Kommissare der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ihrem französischen Kollegen ernsthafte Vorhaltungen gemacht haben, er möge seine ablehnende Haltung gegen die deutsche Wehrverfassung aufgeben. Botschafter François-Poncet, der über das Wochenende in Paris weilte und dort neue Instruktionen erhielt, hat sich seine Stellungnahme vorbehalten.

Es wird damit gerechnet, daß die Hohen Kommissare am Mittwoch eine Erklärung abgeben werden, unter welchen Voraussetzungen sie der Wehrverfassung zuzustimmen bereit sind. Sie werden voraussichtlich eine Vorbehaltsklausel des Inhaltes vorschlagen, daß die Wehrverfassung erst mit dem Inkrafttreten des EVG-Vertrags wirksam wird. Gegen den Vollzug der Ratifizierung des EVG- und des Deutschlandvertrages durch den Bundespräsidenten dürften die Alliierten keinen Einspruch einlegen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer ist über die deutsch-alliierte Kontroverse laufend unterrichtet worden. Dabei scheint der Kanzler noch von Ankara aus seine Uebereinstimmung mit der Haltung des Bundeskabinetts zum Ausdruck gebracht und eine Kompromißformel vorgeschlagen zu haben, deren Annahme eine Beilegung des Konflikts ermöglicht.

Saarverhandlungen wieder einmal unterbrochen

Man wartet Rückkehr Adenauers ab — „Moralischer Erfolg für Deutschland"

wl. Bonn, 22. März

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen sind bis auf weiteres ausgesetzt worden, nachdem es in dem Bonner Meinungsaustausch zwischen den Botschaftern François-Poncet und Blankenhorn nicht gelungen ist, eine Kompromißformel für die angestrebte „Grundsatzerklärung zur Saar-Lösung" zu finden. Die weiteren Verhandlungen sollen ruhen, bis zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem französischen Außenminister Bidault ein neues Gespräch stattfinden kann. Die Unterbrechung wird jedoch in Bonn nicht tragisch genommen. Hiesige Regierungskreise sprechen sogar von einer „Entspannung".

Adenauer und Bidault sollten während der für den 30. März angesetzten Brüsseler Konferenz der sechs Montanunionstaaten erneut zusammenkommen, doch wird diese Konferenz nach Pariser Meinung höchstwahrscheinlich verschoben, worüber noch eine Entscheidung in dieser Woche zu erwarten ist.

Bonner Regierungskreise werten das Ergebnis der Beratungen eines Unterausschusses des Europarates in London über eine Saarlösung als einen moralischen Erfolg für Deutschland, da dieser Ausschuß festgestellt habe, daß z. Z. an der Saar keine politische Freiheit herrsche. Weitere Stellungnahmen lehnt man ab. Man äußert sich auch nicht zu dem Londoner Kompromiß, die Opposition im Saargebiet (deutsche Parteien) erst ein Jahr vor einer Volksabstimmung über ein Europäisierungsstatut zuzulassen, wogegen der deutsche Vertreter Dr. Gerstenmaier gestimmt hatte. Gerstenmaier betont, daß die Opposition auch schon vorher zugelassen werden muß.

In Saarbrücken ist man mit den Londoner Vorschlägen nicht einverstanden, wendet sich besonders gegen die lange Wahlkampfdauer von einem Jahr bis zur Volksabstimmung.

Neue britische Vorschläge

dmt. Paris, 22. März

Großbritannien hat dem Interimsausschuß der sechs EVG-Mächte neue Vorschläge für eine engere Assoziierung Großbritanniens mit der EVG unterbreitet. Diese Vorschläge sehen die Unterstellung eines Teiles der britischen Land- und Luftstreitkräfte unter die EVG vor, lehnen aber weiterhin einen vollständigen Beitritt Großbritanniens zur EVG ab. Der Interimsausschuß wird in dieser Woche über die britischen Vorschläge beraten, die gegenüber der früheren Haltung Londons einen Fortschritt darstellen.

Adenauer bei türkischen Studenten

dmt. Izmir, 22. März

Mit tosendem Beifall begrüßten türkische Studenten am Montag Bundeskanzler Dr. Adenauer, als dieser unangemeldet zu einem kurzen Besuch im Kongreß der türkischen Studentenschaft in Izmir erschien. Der Bundeskanzler, der mit solch stürmischen Ovationen nicht gerechnet hatte, war sichtlich gerührt. Der für Montag geplante Besuch der antiken Pergamon-Ruinen mußte wegen strömenden Regens abgesagt werden. Der Bundeskanzler besuchte stattdessen das Museum von Izmir und war am Montagabend Gast im deutschen Konsulat.

Karlsruhe anerkennt „Führererlaß"

„Deutsche Staatsangehörigkeit durch Kriegsteilnahme"

dmt. Karlsruhe, 22. März

Im Rahmen des auf holländisches Ersuchen eingeleiteten Auslieferungsverfahrens gegen den flüchtigen Breda-Häftling Willem Albertus Polak fällte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe eine wichtige Entscheidung. Sie besagt, daß „deutschstämmige Ausländer" mit Ausnahme französischer und luxemburgischer Staatsangehöriger durch freiwillige Zugehörigkeit zur Waffen-SS auf Grund des Hitler-Erlasses vom 19. 5. 1943 ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Das Oberlandesgericht Celle, das diese Entscheidung des Bundesgerichtshofes erbeten hatte, wird jetzt prüfen müssen, ob Polak deutschstämmig im Sinne des „Führer-Erlasses" ist und so — entsprechend dem Bonner Grundgesetz — nicht ausgeliefert werden kann. Die Entscheidung wird in etwa drei Wochen gefällt.

In der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes wird der „Führer-Erlaß" als innerstaatlich gültiges Recht bezeichnet. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit habe den Schutz der Ausländer bezweckt, die dem damaligen Staat Dienste geleistet haben. Auch andere Länder, so vor allem auch die Niederlande, würden fremde Staatsangehörige, die sich um das Staatswohl verdient gemacht haben, einbürgern. Demnach könnten auch gegen die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an niederländische Staatsbürger keine Bedenken erhoben werden. Auch sei noch nicht entschieden, daß Polak ausgeliefert werde, wenn seine Deutschstämmigkeit vom Oberlandesgericht nicht bejaht werden sollte. Dann müsse erst noch geprüft werden, inwieweit das Asylrecht für politische Flüchtlinge auf ihn Anwendung finden könne.

Semjonow bleibt nicht mehr Botschafter

Grotewohl und Ulbricht reisen nach Moskau — Staatsrechtliche Veränderungen

dmt. Berlin, 22. März

Wie am Montag dem Berliner Informationsdienst West aus dem Zentralkomitee der SED bekannt wird, hat Moskau nunmehr endgültig beschlossen, die Personalunion zwischen dem Posten des sowjetischen Hohen Kommissars und dem des Botschafters bei der Sowjetzonenregierung aufzuheben. Der jetzige Hochkommissar Semjonow muß seinen Botschafterposten abgeben. Halbamtlich ist ein hoher Funktionär der sowjetischen Partei als künftiger Botschafter angekündigt worden. Was mit Semjonow wird, ist unbekannt. Wahrscheinlich wird das Hochkommissariat aufgelöst.

In diesem Zusammenhang wird weiter bekannt, daß der Ostberliner Regierungschef Grotewohl zusammen mit dem Generalsekretär der SED, Ulbricht, auf sowjetische Einladung hin sofort nach dem Parteitag der SED Ende März nach Moskau fliegen wird. In Moskau sollen — wie bereits gemeldet — Veränderungen im staatsrechtlichen Statut der Sowjetzone erörtert werden. Gleichzeitig werden in Ostberlin Pläne für Veränderungen im Staatsapparat ausgearbeitet. Die SED soll nach Erklärungen des Sekretärs des Zentralkomitees, Schirdewan, allein die Führung im Staatsapparat übernehmen. Vertreter anderer Parteien dürfen nur mehr in den unteren Verwaltungsorganen tätig sein. Das sei notwendig, da die politische Führung als „Diktatur des Proletariats" nur von der „Arbeiterpartei der SED" als der führenden Macht ausgeübt werden könne.

Ulbricht verläßt Regierung

dpa. Berlin, 22. März

Der Generalsekretär der SED, der „starke Mann" der Sowjetzone, Walter Ulbricht, wird nach dem 4. SED-Parteitag Anfang April von seinem Posten als stellvertretender Sowjetzonen-Ministerpräsident zurücktreten, um die gesamte Macht des Parteiapparates der SED als neugewählter Erster Sekretär zu übernehmen. Wie aus informierten Kreisen der SED mitgeteilt wird, ist die Entscheidung über den Austritt Ulbrichts aus der Sowjetzonenregierung nun endgültig gefallen. Die SED vollziehe damit die bereits in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ostblockstaaten vorgenommene Trennung zwischen Regierungs- und Parteifunktionen.

Tschiangkaishek bleibt Präsident

dmt. Taipeh, 22. März

Der auf der Insel Formosa lebende Staatschef Nationalchinas, Tschiangkaischeck, wurde für die Dauer von sechs Jahren zum Präsidenten Nationalchinas wiedergewählt. Er erhielt 1507 Stimmen, während für seinen Gegner, den Demokraten Su fulin, nur 48 Stimmen abgegeben wurden.

In letzter Minute

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hubertus Prinz zu Löwenstein forderte den Bundestag auf, notfalls einen Mißtrauensantrag gegen die Bundesregierung einzubringen, falls diese gewillt sei, die Saar auf dem „Altar der EVG zu opfern". Prinz zu Löwenstein lehnte den Van-Naters-Plan ab.

Für eine uneingeschränkte Gleichberechtigung Deutschlands sprach sich der jugoslawische Staatschef Marschall Tito am Montagabend in einem Interview mit dem NWDR aus. Die Gleichberechtigung sollte sich auch auf militärische Fragen erstrecken.

Die Sowjetunion hat in einer Note an den UNO-Generalsekretär gefordert, daß der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die Frage des Ost-West-Handels mit Vorrang behandelt. Wyschinski schlägt vor, daß der Rat „angesichts der Bedeutung und der Dringlichkeit der Beseitigung internationaler Handelsbeschränkungen und der Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" am 30. März über diesen Punkt berät, sobald die Tagesordnung angenommen ist.

In einem Prozeß, den die ehemalige Haushälterin Hitlers, Anni Winter, gegen den bayerischen Staat angestrengt hat, verurteilte das Münchener Landgericht am Montag Bayern zur Herausgabe einiger der eingeklagten Andenken. Fünf Exemplare von „Mein Kampf", davon zwei Erst- und eine Jubiläumsausgabe, ein Buch über den Polenfeldzug mit einer Weihnachtswidmung Hitlers, eine lederne Urkundenmappe und drei Aquarelle, die Hitler während des ersten Weltkrieges gemalt hat, werden nach dem Urteil an Frau Winter zurückgegeben.

Vier Mitglieder einer Familie wurden am Montag bei einem schweren Verkehrsunfall im Unterwesterwaldkreis getötet, zwei andere Angehörige schwer verletzt. Die sechs Personen saßen in einem Wagen, der auf einer Kreuzung in einen Lastzug hineinraste. Durch den Anprall wurde der Anhänger des Lastzuges losgerissen. Er schleifte das Auto mit sich und prallte gegen eine Böschung, wo sich der Personenwagen überschlug.

In der vergangenen Woche kamen über 2700 Flüchtlinge aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet nach Westberlin, vor allem Jugendliche, Bauern und Lehrer.



Abschied von Ankara

Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Menderes schreiten unter den Klängen des Deutschlandliedes und der türkischen Nationalhymne die Front einer Ehrenkompanie ab. (Foto: dpa)

Ist der Rundfunk souverän?

Mit seinem Entschluß, am 29. März in einer nichtöffentlichen Sitzung den neuen Intendanten zu wählen, hat sich der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart souverän über die öffentliche Meinung des Landes Württemberg-Baden hinweggesetzt. Den Hintergrund dieses Entschlusses bildet die Person des augenblicklichen Intendanten Dr. Fritz Eberhard, den seine Freunde auch für die nächste Periode auf dem Intendantenposten sehen möchten. Darüber ist man jedoch in weitesten Kreisen der Oeffentlichkeit wenig erbaut, denn der Meinungsstreit um die Rolle, die Dr. Eberhard während seiner Emigration spielte, wogt hin und her.

Die Arbeitsanweisungen jedenfalls, die Dr. Eberhard während des Krieges für die Engländer schrieb und in denen er ihnen auseinandersetzte, wie Deutschland am besten zu besiegen sei, sind nach Meinung sehr vieler Rundfunkhörer nicht die richtige Qualifikation für einen deutschen Rundfunkintendanten. Auch die Meinung „Ostpreußen sollte von seinen deutschen Bewohnern geräumt werden und zu einer polnischen Provinz werden", dürfte im Jahre 1954 gerade nicht das Rüstzeug sein, um einen leitenden Posten der öffentlichen Meinungsbildung zu besetzen.

Der Stuttgarter Rundfunkrat nimmt nun offenbar keinen Anstoß an diesem Vorleben seines Intendanten. Wohl aber taten das die Rundfunkhörer. Proteste gegen die Wiederwahl Dr. Eberhards wurden u. a. ausgesprochen von dem Zentralverband südwestdeutscher Rundfunkhörer, vom Heimkehrerverband und vom Bund Deutscher Soldaten. Also nicht gerade von einer extremen oder verschwindend geringen Minderheit der Bevölkerung. Die Ablehnung Dr. Eberhards verband sich mit der Forderung nach einer öffentlichen Ausschreibung und öffentlicher Wahl, eine Forderung, die für demokratische Verhältnisse nicht gerade unverschämt erscheint. Beim Stuttgarter Rundfunkrat allerdings ist man der Meinung, daß man sich dieser vox populi mit dem lapidaren Hinweis entziehen kann, daß die Geschäftsordnung des Rundfunkrates weder Ausschreibung noch öffentliche Wahl vorsieht. Womit die Wiederwahl des Intendanten gesichert erscheint, der von den Hörern abgelehnt wird.

Nun, es ist nicht daran zu zweifeln, daß es in der Demokratie auch dem Rundfunkhörer schließlich doch gelingen wird, die Männer an die Spitze der Institution zu stellen, die er und nicht irgendein parteipolitisch ausgerichteter Rundfunkrat haben wollen. Wobei wieder einmal die Frage auftaucht, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn der Hörer bestimmt, welchem Sender seine Rundfunkgebühr zukommen soll. Herr Dr. Eberhard könnte in diesem Fall seine Meinung über die deutschen Ostprovinzen vor abgeschaltetem Mikrofon und — ohne sein hohes Gehalt verkünden!

Ho.

Als ich heute . !

. . . in einer Gaststätte saß und ganz allein an einem Tische vor einem Glase Wein dem Tage und den Erlebnissen des gehenden Tages nachsann, da lenkte mich ein Gespräch, das sehr heftig an einem Nebentische im Gange war, ab. An dem Nebentische saßen ein paar Männer mittleren Alters und wieder einmal kam das Gespräch auf die Kriegsgefangenschaft, auf die Erlebnisse in den Lagern hinter Stacheldraht und mehrere Männer waren darunter, die besonders von Rußland viel zu erzählen wußten. Andere wieder warfen dazwischen, daß in Frankreich ebenfalls in den Kriegsgefangenenlagern Hunger und Entbehrung geherrscht hätten und schließlich stritten sich die Männer hin und her, denn jeder prahlte mit seinen Erlebnissen und jeder wollte das meiste erlebt haben. Kriegstage kamen auch noch dazu und man meinte, eine Horde Buben würde sich streiten. Während des Gesprächs löste sich ein Mann von der Gruppe langsam und unbemerkt ab und setzte sich an meinen Tisch. „Ist es gestattet?", fragte der Mann höflich und ich hatte natürlich nichts dagegen, daß sich der Mann zu mir setzte.

„Wissen Sie", sagte der Mann nach einer Weile, „ich kann das Prahlen und das Groß-Tun nicht hören. Jeder, der im Krieg und in der Gefangenschaft war, hat gleichviel mitgemacht. Der eine hat es weniger stark, der andere hat es als Hölle empfunden. Der eine konnte die Not besser überwinden als der andere. Man sollte jetzt darüber nicht mehr streiten und man sollte nicht mit den eigenen Erlebnissen prahlen und diese als die schlimmsten herausstellen!" — „Sie waren auch an der Front, — in Kriegsgefangenschaft?" fragte ich den Mann nach einer Weile.

„Viele Jahre Soldat, viele Jahre Kriegsgefangener und hier", und der Mann zeigte mir ein Holzbein, „auch kaputt geschossen. Aber man soll dies alles nicht in den Himmel heben und davon prahlen."

Ich habe mir die Aeußerung des Mannes gut gemerkt und ich weiß, daß der Lärmende gern übertreibt, derjenige, der wirklich viel mitgemacht hat, aber schweigt.

Herold

Halver

Ernste und heitere Tiergeschichten in der VHS

Der bei den Hörern und Hörerinnen der VHS wohlbekannte Intendant Reinhardt spricht in diesem Wintersemester zum letzten Mal. Zu seiner Veranstaltung am kommenden Freitag in der Realschule werden alle Ostvertriebenen, Einheimischen und Jugendlichen aufgerufen. Im Mittelpunkt des Abends stehen ernste und heitere Tiergeschichten aus den verschiedensten Gauen Deutschlands. Der Abend verspricht heiter und besinnlich zu werden. Der Eintritt ist frei.

Wann werden die Renten gezahlt?

Beim Postamt Halver werden die Renten an diesem Monatsende nach dem folgenden Plan gezahlt: die Versorgungsrenten am Montag, dem 29. März, die Angestellten- und Unfallrenten am Dienstag, dem 30. März, und schließlich die Invalidenrenten am Donnerstag, dem 1. April, jeweils in den Vormittagsstunden. In Anschlag und Schwenke werden die Invalidenrenten am 1. April in den Nachmittagsstunden gezahlt.

Ein beachtliches Gewicht

Einem Halverschen Züchter bescherte jetzt eine seiner Gänse ein Ei mit dem ungewöhnlichen Gewicht von 325 Gramm. Dieses Riesen-Ei ist z. Z. in einem Geschäft am Runden Eck ausgestellt.

Verloren — gefunden

Beim Fundbüro im Amtshaus wurde ein Fahrrad als gefunden gemeldet. Ansprüche können dort geltend gemacht werden.

Haushaltssatzung liegt aus

Wie aus einer Amtlichen Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil hervorgeht, liegt der Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Halver für das Rechnungsjahr 1954 eine Woche lang öffentlich zur Einsicht aus.

Oberbrügge/Ehringhausen

Das brauchte nicht zu sein

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich auf dem Vorplatz des Bundesbahnhofes in Oberbrügge. Schon des öfteren haben wir darauf hingewiesen, daß die Ueberreste des Eisenzaunes, der früher das ganze Gelände einfaßte, heute aber nur noch aus angerosteten Eisenpfählen und abgebrochenen Rohren besteht, eine Gefahrenstelle bedeuten. Ein noch schulpflichtiges Mädel lief jetzt in ein solches angerostetes spitzes Rohrende hinein und erlitt am Oberschenkel eine so große klaffende Wunde, daß die Kniescheibe freigelegt wurde. Die Kleine mußte dem Lüdenscheider Krankenhaus zugeführt werden. Ob nun wohl der neue Zaun, der schon ein viertel Jahr fertig daliegt, angebracht wird?

Wieder Alarm

In den gestrigen Mittagsstunden ertönte wieder die Feuersirene. Wieder galt es, in Ehringhausen einen Brand zu löschen, bei dem man nach dem Verbrennen von Stecken nicht mehr Wesentlich ist daher für alle Zukunft eine eingehende, rechtzeitige Planung des Abwässernetzes, der dann eine wohldurchdachte Anlage folgen muß.

Um im Sektor Abwässerbeseitigung

endgültig zu einem Resultat zu kommen, sind neuerdings die Voraussetzungen für die Genehmigung zum Wohnungsbau untrennbar mit der Auflage verbunden, daß ein Anschluß an die zentrale Wasserversorgung erst dann genehmigt werden kann, wenn zugleich auch die Kanalisationsfrage zur Zufriedenheit gelöst ist. In Zusammenarbeit mit dem Ruhrverband ist dann die Klärung des Wassers durch Kläranlagen im weiteren Verlauf möglich. Eine Fülle von Anregungen und Ratschlägen, die das Gebiet der Finanzierungsmöglichkeiten, der Materialauswahl, der Vergebung der Arbeiten und der Unfallschutzmaßnahmen betrafen, gab der Redner noch zum Schluß den Verantwortlichen mit auf den Weg.

Ueber das Thema „Finanzausgleich und Gemeinden" sprach anschließend Kreiskämmerer Dörner, der ebenfalls aus der Fülle seiner Erfahrungen schöpfen konnte. Es handelt sich bei dem neuen Finanzausgleich im wesentlichen um die Verteilung der Gelder, die aus dem überörtlichen Steueraufkommen stammen. Die Bundesregierung ist jetzt bereit, den Gemeinden, und darunter besonders den finanzschwachen Gemeinden, wirksam zu helfen. Das soll zuerst einmal

durch eine Steuergarantie

geschehen, nach der die Gemeinden mit einer festen Zuweisung rechnen können.

Interessantes für Stadt- und Gemeindevertreter

Entwässerungsprobleme im Kreis-Gemeindetag

Finanzausgleich und Gemeinden - Steuergarantie für schwache Kommunen - Aenderungen in der Milchversorgung

Etwa 60 Stadtverordnete, Bürgermeister und Gemeindevertreter konnte der Vorsitzende des Kreisgemeindetages, Bürgermeister O. Ruhe, im „Kaisergarten" zu Neuenrade begrüßen, zu denen sich noch Oberkreisdirektor Feuring, Kreiskulturbaumeister Ginsberg und Vertreter des Landgemeindetages gesellten. Sein besonderer Gruß galt auch den beiden Rednern der Versammlung, Stadtbaurat Dr. Busch-Menden und Kreiskämmerer Dörner. Nachdem der Bürgermeister der Gastgemeinde, Wegener, die Vertreter in den Mauern der Bergstadt willkommen geheißen hatte, nahm Stadtbaumeister Dr. Busch das Wort.

Die Abwässerfrage ist heute für alle in den Gemeinde ebenso akut wie die Wasserversorgung. In den letzten Jahren sind auf diesem Gebiet immer neue Schwierigkeiten und Probleme aufgetreten, die in möglichst guter Form gemeistert werden müssen. Der Vortragende nannte als markanteste Punkte: Vermehrte Wohndichte, Industrialisierung, Errungenschaften der Zivilisation und erhöhte Motorisierung. Alle diese Dinge rufen nach einer Lösung der damit auftretenden vermehrten Abwässerprobleme, die in jedem Falle kostspielig sind und oft nicht die Anerkennung finden, die sie verdienen. Auf jeden Fall müssen sich die Gemeinden mit der Tatsache abfinden, daß diese Sorgen da sind und nicht rückgängig gemacht werden können. Es ist nicht mehr zu ändern, daß die Bevölkerung heute teilnimmt an Errungenschaften der Zivilisation, daß ein Bad, ein Wasserklosett, fließendes Wasser in der Küche und oft im Schlafzimmer vorhanden sind. Wasser ist heute meist bequem zur Hand und entsprechend ist auch der Verbrauch gestiegen. Der Redner gab eine Steigerung auf das 20fache an.

Ist nun aber schon die Beschaffung dieser ungeheuren Wassermengen recht schwierig, so ist ihre Beseitigung heute schon kaum mehr lösbar.

Für arme Orte ist damit die Gewähr gegeben, daß sie lebensfähig bleiben. Des weiteren sind Sonderansätze erwogen worden, die wieder den Gemeinden zu Hilfe kommen können. Alles in allem: Der Finanzausgleich könnte sich, wenn er in der vorliegenden Form durchgeführt wird, sehr nachhaltig zum Wohle der Städte und Dörfer auswirken. Es gibt den geplagten Gemeindeverwaltungen für die kommende Zeit einige Hoffnung. Auch diese Ausführungen fanden reichen Beifall. Oberkreisdirektor Feuring mußte aber doch einige Tropfen Wermut in den Wein gießen. Im Kreise Altena wird sich die Steuergarantie

nur bei drei bedürftigen Gemeinden

aus. Dagegen ist aus den anderen Maßnahmen auch für den Kreis Altena einige Hilfe zu erwarten. Insbesondere werden die Kreisgesundheitsämter eine Kleinigkeit mehr erhalten können. Die gesunde Wirtschaftslage des Kreises wird weiter die Senkung der Kreisumlage ermöglichen und schließlich werden durch eine Neuregelung die Kosten für die Polizei auf ein Drittel gesenkt werden. Die eingesparten Gelder sollen für Schulneubauten verwendet werden.

In der weiteren Aussprache fiel auch das Stichwort „Bürgersteuer", das prompt die

Antwort „Negersteuer"

hervorrief. Die Teilnehmer ließen erkennen, daß sie für diese Steuermöglichkeit wenig Meinung hatten. Der Oberkreisdirektor äußerte sich nicht so ablehnend dazu, sondern betrachtete eine Bürgersteuer als durchaus nicht so unsozial, wie sie auf den ersten Blick erscheinen könnte.

In die Klage, daß den Gemeinden im Laufe des Jahres unverhofft neue Ausgaben zugemutet werden, der Bund aber die dadurch entstehenden Ausgaben nicht übernehme, stimmten alle Diskussionsredner ein. Es wurde aber maßgeblich versichert, daß in dieser Frage Wandel geschaffen würde.

Der Punkt „Verschiedenes" stand im wesentlichen unter einer sehr lebhaften Aussprache über die Neuregelung der Milchversorgung. Bekanntlich soll ja die Trinkmilch in Zukunft nicht mehr ins Haus geliefert, sondern bei bestimmten Verteilungsstellen entnommen werden. Die Beweggründe zu dieser Regelung sind grundsätzlich anzuerkennen. Man will dadurch äußerste Sauberkeit gewährleisten. Sehr treffend wurde dem aber entgegen gehalten, daß ja eine mögliche Verschmutzung, womöglich im offenen Gefäß, von der Verkaufsstelle bis ins Haus viel wahrscheinlicher als heute der Fall ist. Im übrigen dürfte die Erschwerung des Milcheinkaufs kaum zu einer Steigerung des Milchverbrauches führen.

Große Besorgnis herrscht auch über die vielen Gesetze und Verordnungen, die durch Ausführungsverordnungen und Erklärungen immer umfangreicher würden. Es wurde nachdrücklich gefordert, daß die Rechtsunsicherheit dadurch behoben werde, indem der Gesetzgeber kurze, klare und nur notwendige Anordnungen erläßt. Die anwesenden Vertreter des Landgemeindetages wurden gebeten, beim Deutschen Städtetag und den anderen maßgebenden Stellen in diesem Sinne vorstellig zu werden. Bürgermeister Ruhe schloß den Kreisgemeindetag mit dem Wunsche, daß die verantwortlichen Stellen immer darauf achten möchten, daß die Gemeinden gesund blieben. Erst gesunde Gemeinden schaffen auch einen gesunden Staat.

Vier Kilometer Bahndamm brannten

Durch Funkenflug entstand gestern abend gegen 21.40 Uhr am Bahndamm der Strecke Brügge — Schalksmühle — Dahlerbrück ein Brand. Es stand der Eisenbahndamm zwischen Dahlerbrück und Linneper Mühle auf einer Strecke von annähernd vier Kilometern in Flammen. Etwas unterhalb Dahlerbrück war das Feuer auch auf den angrenzenden Waldbestand übergesprungen. Die Feuerwehren von Schalksmühle und Dahlerbrück waren alsbald zur Stelle und erstickten den Brand.

Immer wieder das Flämmen

Gleich zwei Waldbrände bei Halver

Streichhölzer sind nichts für Kinder — Flämmen ist seit dem 15. März verboten

Gestern nachmittag mußte unsere Halversche Freiwillige Feuerwehr gleich zweimal kurz hintereinander ausrücken, um einen Waldbrand zu bekämpfen. Gegen 15 Uhr war bei Oberbolsenbach in der Nähe des Bahndammes ein Unterholzbestand in Brand geraten. Die Ursache ist wieder einmal im Flämmen zu suchen, dessen dann ein 14jähriger Junge nicht mehr Herr werden konnte. Es brannten etwa 500 Quadratmeter Unterholz.

Gegen 17.30 Uhr ertönte die Alarmsirene zum zweiten Male. Diesmal brannte in der Nähe der Karlshöhe ein einjähriger Tannenbestand von etwa 300 Quadratmetern. Hier sind Brandursache und Täter unbekannt.

In diesem Zusammenhang ist es für alle Eltern ratsam, ihren Kindern größte Sorgfalt im Umgang mit Feuer einzuschärfen. Streichhölzer gehören überhaupt nicht in Kinderhand. Ferner ist das Flämmen seit dem 15. März ganz allgemein verboten.

Abschiedsfeier für Realschüler

Morgen nachmittag findet in der Veranda der Karlshöhe die Abschiedsfeier für alle die Realschule verlassenden Schüler statt. Alle Angehörigen sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Weitere Ermittlungen im Gange

In der Sache des Mordanschlages auf Dr. Eversmann gehen, wie wir von der Polizei erfahren, die Ermittlungen weiter. Ergebnisse können noch nicht bekanntgegeben werden. Das Befinden des Patienten hat sich erfreulicherweise weiterhin leicht gebessert.

Herr des Feuers werden konnte. Der Wehr gelang es, das Feuer schnell zu löschen, ohne daß größerer Schaden entstand.

Rentenzahlung in Oberbrügge

Die Auszahlung der Kriegsbeschädigten- und Angestelltenrenten erfolgt beim Postamt Oberbrügge am 29. März, die Auszahlung der Invaliden- und Unfallrenten am 1. April in den Vormittagsstunden.



Howaldt und Deutsche Werke ein Betrieb?

rb. Kiel, 22. März

Die Direktionen der bundeseigenen Howaldt-Werke Kiel AG und der Deutschen Werke in Kiel verhandeln gegenwärtig über eine Fusion dieser beiden Betriebe. Zu Beginn dieser Woche wird bei einer Aufsichtsratssitzung die Entscheidung erwartet, ob die einzelnen Abteilungen der Deutschen Werke mit Abteilungscharakter an Howaldt überführt werden sollen, oder ob sie eine Großabteilung mit entsprechenden Unterabteilungen bei Howaldt werden.

Die beiden Werften grenzen gebietsmäßig aneinander. Es wäre sowieso fraglich gewesen, ob die Deutschen Werke gegenüber Howaldt konkurrenzfähig geblieben wären. Die Howaldt-Werke AG Kiel sind nach 1945 zu einem der bedeutendsten Faktoren im deutschen Schiffbau herangewachsen. Große Auslandsaufträge wurden hier erledigt. Im Februar des kommenden Jahres soll mit dem Bau der von Rußland in Auftrag gegebenen zehn Fischereifabrikschiffe begonnen werden. Howaldt hofft, noch mehr Ost-West-Geschäfte machen zu können. Der russische Auftrag trug wesentlich dazu bei, die ernste Lage bei den Howaldtwerken zu überbrücken. Sie konnten dadurch ihrer Belegschaft die Beschäftigung bis mindestens Ende 1955 garantieren.

Scelba: Triestfrage und EVG

dpa. Rom, 22. März

Wenige Tage vor dem Blitzbesuch Dr. Adenauers in Rom sagte der italienische Ministerpräsident Scelba, die Verzögerung einer gerechten Triestlösung erschwere die Bereitschaft Italiens, aktiv an der Verteidigungs- und Einigungspolitik in Europa teilzunehmen. Es verlautet aus seiner Umgebung, daß die Initiative zu dem Besuch von Dr. Adenauer ausgegangen ist und Scelba dem Vorschlag zu einem allgemeinen Gedankenaustausch „begeistert zugestimmt" habe.

Auf seinem Landesparteitag forderte der Landesverband Baden-Württemberg des gesamtdeutschen Blocks (BHE) am Sonntag in Entschließungen an die Bundesregierung, in den Bemühungen um die Wiedervereinigung nicht nachzulassen und auf echte Verhandlungen der Siegermächte zu dringen.

14 Bundestagsabgeordnete, die von Freitag bis Sonntag in Paris weilten, äußerten sich am Montag befriedigt über die liebenswürdige Aufnahme, die sie allenthalben gefunden haben.

Der erste kommunistische Senator Hamburgs nach dem Kriege, Franz Heitgres, ist wegen systematischer Zersetzungsarbeit auf Beschluß der Parteikontrollkommission aus der KPD ausgeschlossen worden.

Und nun spricht der Herr,
der dich geschaffen hat:
Fürchte dich nicht, denn ich
habe dich erlöst; ich habe dich
bei deinem Namen gerufen,
du bist mein!

Jes. 43, 1

Am Samstagabend um 9 Uhr nahm der Herr meinen lieben Mann, unseren lieben Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Bäckermeister

Friedrich Wilhelm Reitz

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 34 Jahren heim in sein Reich.

In stiller Trauer: **Hilde Reitz** geb. Johanningmeier
Rudolf Reitz sen. und Frau
Johanna, geb. Heyng
Frau Ernestine Johanningmeier
geb. Schock
Rudolf Reitz jun. und Frau
Nina, geb. Persch
Neffe Rudolf
und Anverwandte

Heiligenhaus, Halver und Haltern, den 22. März 1954.

Wir nehmen Abschied vom ihm am Donnerstag, dem 25. März 1954, 13 Uhr, in der evgl. Kirche zu Heiligenhaus Die Beisetzung findet um 16 Uhr auf dem evgl. Friedhof in Haltern statt.

Bei rheumat. Schmerzen
Erkältung, Migräne
Zahnschmerzen
1-2 Tabl. geben schnell Erleichterung, Temagin ist anhaltend wirksam, bewährt und gut verträglich.
Temagin
10 Tabl. DM –.95 in allen Apotheken



Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver i. W. · Tel. 160
Werkstatt und Kundendienst

Buchhalterin
sucht Stellung, evtl. für halbe Tage.
Angebote unter Nr. 263 an Allgemeiner Anzeiger.

Volkswagen
Bauj. 1952, 27 000 km gelaufen in bester Verfassung, gegen bar zu verkaufen.
Zu erfragen Telefon 596



„Zu einer Waschmaschine hat es noch nicht gelangt. Meine Hände waren immer sehr wund, aber seitdem ich das milde Lunika-Seifenpulver verwende, ist das vorbei. – Wenn Lunika meine Hände schont, schont es bestimmt auch meine Wäsche, die so viel Geld gekostet hat. Ich schwöre jedenfalls auf Lunika."
Frau J.B., Duisburg-Buchholz

Lunika
wäscht wunderbar


Am Samstag, dem 20. März 1954, verschied nach langer Krankheit, jedoch unerwartet, unser lieber Arbeitskamerad

Artur Gajewski

im Alter von 23 Jahren.

Wir alle, die wir ihn als fleißigen und treuen Arbeitskameraden schätzten, bedauern seinen allzu frühen Heimgang auf das tiefste.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Inhaber und Mitarbeiter der Firma
HEINR. JUNG & SOHN, Halver


Gleich nach dem Auflegen spüren Sie wohltuende Wärme. Durch die stärkere Durchblutung der schmerzenden Stelle werden die Beschwerden schnell gelindert und die Heilung gefördert. ABC-Pflaster ist sauber und angenehm im Gebrauch und hindert nicht bei der Arbeit.
ABC-Pflaster
hilft bei Rheumatismus Gliederreißen Hexenschuß
Achten Sie bitte auf den Namen: ABC-Pflaster. In jeder Apotheke erhältlich.



seit Jahren bewährt
unübertroffene Straßenlage, Frontantrieb, leistungsstarker 25-PS-Motor, vollsynchronisiertes Viergang-getriebe, geräumig und elegant
Fordern Sie bitte Prospekte an.
Bernh. Gorniak
Generalvertretung für **Lüdenscheid** und **Kreis Altena**.
Lüdenscheid, Gasstraße 4 · Ruf 3414

Lichtspiele Karlshöhe
Dienstag bis Donnerstag 20 Uhr
Julien Duviviers
»Unter dem Himmel von Paris« und »Don Camillo und Peppone« folgt jetzt sein neues Filmlustspiel
Auf den Straßen von Paris
Eine zauberhafte Geschichte von jungen Menschen und ihrer Liebe.
Hauptdarsteller:
Dany Robin
Michel Auclair
Hildegard Knef
Eine neue Filmschöpfung eines genialen Meisters der Film-Regie.

REGINA
LICHTSPIELE HALVER
Dienstag - Donnerstag 20 Uhr
Ein außergewöhnliches Filmwerk über den Aufstieg und Untergang des „Dritten Reiches".
BIS 5 NACH 12
Unter Verwendung von einmaligen bisher nie gezeigten Privataufnahmen aus Hitlers nächster Umgebung.
Der Film zeigt u. a.
Politische Magie und Massensuggestion
Diktatur bis zur Selbstvernichtung
Eva Braun, die Frau um Hitler
Kunst u. Justiz im „Dritten Reich"
Goebbels, Trommler bis zum Untergang
Die letzten Stunden in der Reichskanzlei.
Wiederaufstieg und unbeugsamer Lebenswille eines Volkes.
Der Film läuft **nur 3 Tage!** Die Nachfrage ist groß! Sichern Sie sich rechtzeitig einen Platz!

Hausgehilfin
zum 1. 4. 1954 gesucht.
Gasthof Isenburg
Halver, Bächterhof 5

Papierkörbe
Wilh. Bell jr.
Halver


Abgespannt, nervös - gereizt?
Nehmen Sie FRAUENGOLD! Das erfrischt, belebt und stärkt wunderbar, auch in kritischen Tagen. FRAUENGOLD erneuert die Kräfte auf natürliche Weise, schenkt Ihnen blühendes Aussehen, erquickenden Schlaf und neuen Lebensmut.
Nimm Frauengold — und Du blühst auf!
... und für Ihren Mann und Ihr Kind EIDRAN, die Gehirn- und Nervennahrung von erstaunlicher Wirkungskraft.
In Apotheken, Drogerien und Reformhäusern

Bin jetzt als
Helfer in Steuersachen
zugelassen und übernehme **Buchführungs- und Bilanzierungsaufträge.**
Heinz Sperber, Meinerzhagen i. W.
Derschlager Straße 22 · Telefon 162

Bei Husten, Grippe, Heiserkeit
halt' **Rheila** immer hilfsbereit
denn schon 2 Rheila schützen, lösen, lindern.
o.60 u.1.– in Apoth. u. Drog.

Wegeeinziehung

Nachdem gegen das Vorhaben der Gemeinde, die Teilstrecke des öffentlichen Weges Auf der Bever — Schwenke katastermäßig bezeichnet mit Flur 37 Parz. Nr. 11/3, 11/4, 576/06 und Flur 38 Parz. Nr. 122/2 und 122/3, einzuziehen, Einsprüche nicht erhoben worden sind, wird dieses Wegeteilstück gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 eingezogen und damit für den öffentlichen Verkehr ausgeschlossen.

Halver, 19. März 1954.

Lohoff, Amtsdirektor
als Wegeaufsichtsbehörde.

Bekanntmachung

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Halver für das Rechnungsjahr 1954 mit Anlagen liegt gemäß § 86 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21./28. Oktober 1952 (GV. NW. 1952 S. 283) vom 26. März 1954 ab 1 Woche lang im Amtshaus in Halver, Zimmer 2 b, öffentlich aus.

Ueber Einwendungen, die von Bürgern gegen die Haushaltssatzung nebst Anlagen erhoben werden, beschließt der Rat der Gemeinde in öffentlicher Sitzung.

Halver, den 22. März 1954.

Der Amtsdirektor Lohoff

Bekanntmachung

Am Dienstag, dem 30. März 1954 um 16.30 Uhr findet im Hotel Cramer in Kierspe-Bhf. eine ordentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse.
3. Haushaltssatzung nebst -plan der Gemeinde Kierspe für das Rechnungsjahr 1954.
4. Entlastungserteilung für die Jahresrechnungen 1950 — 1952.
5. Verschiedenes.

Ruhe, Bürgermeister

Bekanntmachung

Am Montag, dem 29. März 1954 um 16 Uhr findet im Hotel zur Leye in Rönsahl eine ordentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung.
2. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse.
3. Haushaltssatzung nebst -plan der Gemeinde Rönsahl für das Rechnungsjahr 1954.
4. Entlastungserteilung für die Jahresrechnungen 1950 — 1952.
5. Verschiedenes.

Stunde der Oeffentlichkeit.
Anschließend nichtöffentliche Sitzung.

Voswinkel, Bürgermeister.